Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 610. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 31. Dezember 1863.**

Telegraphische Nachrichten.

Haag, 29. Dezbr. Die erste Kammer hat in der Discussion der auswärtigen Angelegenheiten mit 19 Stimmen gegen 14 die Depesche vom 28. April d. J. gemißbilligt, in welcher der Minister van der Maesen de Sombreff sich in Petersburg für Polen verwandt hat. Die Motive dieses Beschlusses sind hauptsächlich aus der Antwort hergenommen, welche der König der Niederlande unter dem 29. November auf die Einladung zu dem Congresse ertheilt hat.

Preußen.

Berlin, 30. Dezbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Oberst-Lieutenant von Vegesack, aggregirt dem 1. Leib-Husaren-Regiment Nr. 1 und commandirt zur Dienstleistung bei der Abtheilung für die persönlichen Angelegenheiten im Kriegsministerium, das Kreuz der Ritter des königl. Hausordens von Hohenzollern zu verleihen; den bisherigen Regierungs-Rath Carl Friedrich Hermann von Eichhorn zu Breslau zum Ober-Regierungs-Rath und Abtheilungs-Dirigenten zu ernennen; und dem Hauptmann a. D. und Forstkassen-Rendanten Hilt in Simmern den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

[Se. Maj. der König] nahmen heute die Vorträge des Militär- und Civil-Cabinets entgegen und empfingen den General der Infanterie von Schack, mit den Geschäften des hiesigen Gouvernements beauftragt, und den Oberst-Lieutenant von Rekowsky, Commandeur des Königs-Grenadier-Regiments Nr. 7. Se. Majestät fuhren gegen ½3 Uhr im zugemachten Wagen spazieren.

[Ihre Maj. die Königin] hat die Ausstellung der berliner Künstler im Akademie-Gebäude und das Atelier des Malers Knaus mit Allerhöchstihrem Besuche beehrt. (St.-A.)

[II. kk. HH. die Frau Kronprinzessin und der Kronprinz] nahmen heute ohne alle Begleitung das neue Börsengebäude in Augenschein und äußerten sich gegenüber den mit ihrem Empfange beauftragt gewesenen Mitgliedern des Aeltesten-Collegiums mit großer Anerkennung über den prächtigen Bau und dessen Ausstattung.

[Als Nachfolger des Regierungspräsidenten Sebald] in Trier wird der Regierungspräsident von Schleinitz in Bromberg genannt.

[Die Angelegenheit des Geheimraths Jacobi.] Auf die Erklärung des Hrn. G. Lewine geht der „Sp. Z." noch folgende Entgegnung in der Handschrift des Unterzeichners selbst, zu:

„Ich halte meine am 2. Dezember 1863 über die Entnahme des Jacobischen Briefes freiwillig abgegebene Erklärung in allen Punkten aufrecht. Keyser."

Außerdem wird demselben Blatte von glaubwürdigster Seite mitgetheilt, daß, was den Inhalt der Wahrheitsbescheinigung des Hrn. Cassirers Riese anlangt, er nicht mit den Aeußerungen übereinstimmt, die er vor dem 30. November seinem eigenen Bruder gemacht und durch welche die Entdeckung der Briefentwendung wesentlich herbeigeführt wurde. Jene früheren geschwisterlich vertraulichen Mittheilungen sind im Gegentheil mit der Keyser'schen Aussage ganz identisch. Ein ferneres Indicium zur Erkenntniß der Wahrheit ist folgendes: Derselbe Hr. Riese kam am 30. November, seinem Ausspruch nach, im Auftrage des Hrn. Lewine, zu Hrn. Dr. Engel, um die bestimmte Erklärung abzugeben: Hr. Lewine habe nun erst in den letzten Tagen durch Keyser von der Briefgeschichte etwas erfahren, im Uebrigen aber gar nichts mit ihr zu thun gehabt. Eine Viertelstunde vorher hatte indeß K. — freilich ohne daß Hr. L. es wußte — bekannt, daß Letzterer die Abschrift des Briefes seit circa fünf Monaten besitze, und welchen Gebrauch er davon gemacht. Die von Hrn. Lewine in Aussicht gestellten gerichtlichen Schritte werden wahrscheinlich auch auf diese Thatsachen das erforderliche Licht werfen.

[Komische Wuth der Feudalpartei gegen die Mittelstaaten.] Die „Kreuzzeitung" schreibt heute: „Man drückt sich nicht zu stark aus, wenn man es eine starke Unverschämtheit nennt, wenn die ehrgeizigen Minister solcher Regierungen, jeder von seinem Standpunkte aus, Großmachtspolitik treiben und sich die Politik der beiden Großmächte durch den Bund dienstbar machen wollen. Weder Pfordten, noch Beust, noch Dalwigk, noch Roggenbach*) haben den Beruf, über die europäische Politik der Großmächte zu entscheiden und sich aus jeder deutschen Krisis — mit der Hoffnung im Hintergrunde, daß die Großmächte sie im entscheidenden Augenblick mit Gewalt hindern würden, Unfug zu treiben — ein Piedestal für ihre Eitelkeit und Popularitätssucht zu machen.

K. C. **Berlin,** 30. Dez. [Der Bericht der Budgetcommission über den Etat des Ministeriums des Innern] beginnt mit der ausdrücklichen Vorbemerkung, die Commission habe sich bei Berathung dieses Etats lediglich auf die Prüfung der einzelnen Einnahme- und Ausgabe-Positionen beschränkt und die Erörterung allgemeiner Prinzipienfragen vermieden. Zu erwähnen ist aus dem Berichte Folgendes: Die Regierung ist unausgesetzt mit der Reorganisationsfrage der berliner Polizei-Verwaltung beschäftigt, ohne daß dieselbe jedoch bis jetzt hat zum Abschluß gebracht werden können. Die Aufhebung der königl. Polizei-Verwaltungen in den größeren Städten ist in's Stocken gerathen, doch steht nach Aeußerung des Regierungs-Commissars die Sache keineswegs so, „daß die Regierung nicht auch in Zukunft, wo es zulässig erscheint, auf das Eingehen einzelner königl. Polizei-Verwaltungen hinwirken werde." — Die Districtscommissarien in der Provinz Posen werden seit 1850 nicht etatsmäßig, sondern nur commissarisch gegen Diätenzahlung angestellt. Die Regierung beabsichtigte nämlich damals eine Reorganisation dieses Instituts, doch hat sich dieselbe wegen der besonderen Verhältnisse der Provinz Posen nicht durchführen lassen; inzwischen hat neuerdings die Regierung die Frage in Erwägung gezogen, ob entweder jetzt mit einer anderweitigen Organisation der qu. Polizeibehörde vorzugehen, oder, wenn dies zur Zeit nicht thunlich erscheine, die Polizei-Districts-Commissarien nicht wiederum definitiv anzustellen seien; diese Frage liegt gegenwärtig dem Oberpräsidenten der Provinz vor. Die Commission hat die Schwierigkeiten der Reorganisation anerkannt, aber es doch nicht billigen können, daß eine ganze Kategorie von Beamtenstellen seit 13 Jahren blos um deshalb nicht etatsmäßig besetzt werde, weil man in maßgebenden Kreisen eine Aenderung der Organisation beabsichtige. Mit Rücksicht jedoch darauf, daß nach der Versicherung des Reg.-Commissars die fragliche Angelegenheit gerade jetzt auf dem Punkte stehe, einer Lösung entgegengeführt zu werden, und in der bestimmten Erwartung, daß die Regierung bis zur nächsten Etatsberathung über die dem Institute der Distrikts-Commissarien zu gebende Organisation definitiv schlüssig werden wird, ist von der Stellung eines hierauf bezüglichen besonderen Antrages Abstand genommen." — Die 35,000 Thlr. „zu geheimen Ausgaben im Dienste der Polizei" sollen gänzlich gestrichen werden. — Für die Landgendarmerie wird ein anderweitiger Organisations-Plan berathen, und sieht seiner Bestätigung an maßgebender Stelle entgegen; eine detaillirte Mittheilung über die beabsichtigte Organisation zu geben, ist der Reg.-Commissar indessen nicht autorisirt gewesen. — Bei den Straf-, Besserungs- und Gefangenen-Anstalten hat der Reg.-Commissar bemerkt, daß ein die Vollstreckung der Zuchthausstrafe in der Form der Einzelhaft regelndes Gesetz bereits entworfen sei, jedoch noch nicht alle Stadien der Berathung durchlaufen habe, so daß dessen Vorlegung für jetzt noch nicht erfolgen könne. Nach dieser Erklärung ist von Stellung eines besonderen Antrages Abstand genommen. — Die 2200 Thlr. für das Magdalenen-Stift sollen gestrichen werden; ebenso die 2040 Thlr. als erster Jahresbetrag zufolge eines mit dem Curatorium der Brüderschaft des rauhen Hauses abgeschlossenen Vertrages zur Ausbildung von 36 Gefangenenwärtern. Die Streichung ist Consequenz des Beschlusses des Hauses vom 20. Oktober 1862, wonach die Regierung den mit dem Curatorium der Brüderschaft des Rauhen Hauses abgeschlossenen Vertrag wegen Ausbildung von Gefangenwärtern und Lehrern für die Strafgefängnisse nicht wieder erneuern sollte. — Bei der Position zur Unterstützung hilfsbedürftiger ehemaliger Krieger hat der Regierungs-Commissar erklärt, daß die von der Commission bei Berathung des Etats für 1863 gewünschte Nachweisung der vorhandenen hilfsbedürftigen Veteranen noch nicht vollständig habe angefertigt werden können; von den meisten Regierungen seien die Specialnachweisungen zwar bereits eingegangen, es hätten jedoch bei einzelnen noch Rückfragen gehalten werden müssen und es sei deshalb bisher nicht möglich gewesen, eine vollständige Nachweisung anzufertigen." Die Commission ihrerseits hat das Bedauern ausgesprochen, daß nicht schon der Etat für 1864 eine höhere Unterstützungssumme den in der vorigen Session ausgesprochenen Wünschen der Landesvertretung entsprechend, auf den Etat gebracht sei; wolle man den alten Kriegern eine wirkliche Unterstützung gewähren, so müsse man damit eilen, die Reihen lichteten sich immer mehr und ein weiteres Hinausschieben verfehle den Zweck. — Der Titel „Zur Herstellung von Damenstiftern" ist, den Beschlüssen des Hauses gemäß, von der Regierung im Etat gänzlich beseitigt.

*) Aber es sind ja nicht die Minister, sondern die Fürsten selbst — warum greift denn die „Kreuzzeitung" diese nicht an? D. R.

[Der Bericht derselben Comm. über den Etat des Kultusministeriums] ist ebenfalls wesentlich technisch. Wir heben folgendes hervor: Zur Beschleunigung der Beseitigung des Interimistikums in der Kirchenverfassung beantragt die Comm. die für den evangelischen Oberkirchenrath geforderten Mehrausgaben (500 Thaler für ein drttes geistliches Mitglied und 1200 Thaler für einen zweiten expedirenden Sekretär und Kalkulator) zu streichen. Durch die nach dem Tode des früheren Präsidenten erfolgte einstweilige Uebertragung der oberen Leitung der Geschäfte des Oberkirchenraths an den Minister der geistlichen Angelegenheiten wird, nach der von dem Regierungs-Commissar abgegebenen Erklärung in der verfassungsmäßigen kollegialischen Selbstständigkeit und in der unabhängigen, nur dem Könige unmittelbar untergeordneten kirchlichen Stellung des Oberkirchenraths und in der bestehenden Abgrenzung der Ressortverhältnisse Nichts geändert. — Den Zuschuß von 5400 Thaler für die Ritterakademie in Brandenburg will die Comm. abermals streichen. Der Vertreter der Staatsregierung blieb bei der früheren Behauptung der rechtlichen Verpflichtung des Staates zur ferneren Hergabe des Zuschusses stehen, nahm auch sonst die Ritterakademie in Schutz, und sprach die Ansicht aus, daß es mit dem vorbemerkten Antrage, gegen Vermehrung der Gymnasien im Widerspruch stehe, eine wohleingerichtete Anstalt aufzuheben." — Zur Ausbildung von Turnlehrern an Elementarschulen hat die Regierung „zunächst auf fünf Jahre" 5200 Thaler gefordert. So lange nicht die von jetzt ab auch mit der Qualifikation für den Turnunterricht aus den Seminarien abgehenden Lehrer in größerer Anzahl an den Volksschulen fungiren, müsse vorübergehend durch außerordentliche Maßregeln Fürsorge getroffen werden. Es werde deshalb beabsichtigt, zunächst auf 5 Jahre in den Monaten Juli und August, jährlich 80 Elementarlehrer aus den verschiedenen Regierungsbezirken zur Abhaltung eines sechswöchentlichen Cursus bei der Central-Turnanstalt einzuberufen. Zur Erreichung dieser Zwecke müßten den betr. Lehrern die Kosten der Her- und Rückreise und des sechswöchentlichen Aufenthalts in Berlin aus dem Staatsfonds vergütet und zu deren Unterweisung fünf Hilfslehrer engagirt werden. Der für 1864 beantragte Mehrbetrag soll weiter dazu dienen, um in den folgenden Jahren jährlich etwa 300 Lehrer für Ertheilung des Turnunterrichts plan- und zweckmäßig an verschiedenen Punkten des Staats vorbilden zu lassen." Die Commission beantragt Genehmigung der geforderten Summe, aber ohne den Zusatz „zunächst auf 5 Jahre"; die Bewilligung soll eventuell von Jahr zu Jahr wiederholt werden. — Bei dieser Gelegenheit sind auch die Verhältnisse der Central-Turnanstalt zur Sprache gekommen. „Es ist ein Wechsel im Directorium eingetreten und manche Ausstellungen, daß in dieser Anstalt das Rothstein'sche Turnen auf Kosten des deutschen gepflegt werde, scheinen zum Theil erledigt. So ist der Barren eingeführt worden, und der Unterschied zwischen dem früher in der Lehranstalt einseitig ausgebildeten System und dem deutschen Turnen wird sich, wie in der Commission hervorgehoben wurde, immer mehr verlieren.

Neustettin, 24. Dezbr. [Zustände.] Vor einigen Wochen machte ich Ihnen Mittheilungen über die gegen den hiesigen Gymnasial-Director Lehmann eingeleitete Disciplinar-Untersuchung. Seit dieser Zeit ist, soviel mir bekannt, in der erwähnten Angelegenheit nichts Weiteres geschehen; zur weiteren Charakteristik der hiesigen Zustände möge indessen der nachfolgende Vorfall dienen: Am 5. Juni d. J. brachte die „Kreuzzeitung" einen von hier datirten Artikel, worin den den Lehrern des hiesigen Gymnasiums unwahre Thatsachen nachgesagt wurden, die sie in der öffentlichen Meinung dem Hasse und der Verachtung aussetzen mußten, z. B., sie hätten das Abendmahl zu einer Demonstration gegen den hiesigen Superintendenten benutzt, sie hätten Schüler des Gymnasiums in diese Demonstration hineingezogen, sie hätten, der Director an der Spitze, alles Mögliche gethan, um am Geburtstage des Königs eine allgemeine Festfeier zu verhindern u. dgl. m. Das Lehrer-Collegium übergab diese Sache dem hiesigen Staats-Anwalt, und dieser beantragte gegen den Verfasser des Artikels die gerichtliche Verfolgung. Wie man hört, wurde ein auf Veranlassung des Oberpräsidenten Senft v. Pilsach am Gymnasium einstweilig beschäftigter Candidat der Theologie Namens Pautz als Zeuge vernommen. Er verweigerte jede Aussage, beschwerte sich beim Appellationsgerichte in Köslin und dann beim Ober-Tribunal ohne Erfolg. Hierauf wurde ein neuer Termin angesetzt, er wegen verweigerter Aussage zu 5 Thlr. Geldstrafe verurtheilt und dann von Neuem vorgeladen unter Androhung von 50 Thlr. Inzwischen reiste P. nach Berlin und nun erfolgte durch den Ober-Staats-Anwalt in Köslin zunächst die vorläufige Sistirung der Sache und dann wurde der hiesige Staatsanwalt angewiesen, sie ganz fallen zu lassen, da im öffentlichen Interesse keine Veranlassung zu ihrer weiteren Verfolgung vorhanden sei. Das Lehrer-Collegium hat hierüber Beschwerde geführt. (B. A. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 28. Dezbr. [Der Bundestag und die Erbfolgefrage in Schleswig-Holstein.] Die „Bairische Zeitung" veröffentlicht den Wortlaut des in der Bundestagssitzung vom 23. Dez. mit 12 gegen 4 Stimmen angenommenen bairischen Antrages in Betreff der zu beschleunigenden Erledigung der Erbfolgefrage. Derselbe lautet:

„Auch nach dem Bundesbeschlusse vom 7. d. M. hält die königl. Regierung an dem Standpunkte fest, daß der londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 bezüglich der Successionsordnung in der dänischen Gesammtmonarchie für den Bund keine Geltung habe, und daß daher nach dem Ableben des Königs Friedrich VII. von Dänemark die Fortsetzung des unterm 1. Oktober d. J. beschlossenen Executions-Verfahrens möglicherweise nur dann noch Platz greifen konnte, nachdem die streitige Frage der Erbfolge in den deutschen Herzogthümern entschieden worden war.

Wie die königl. Regierung bereits im September 1852 in Folge der an sie ergangenen Einladung zum Beitritte den Paciscenten jenes Vertrages erklärt hat, hält dieselbe sich auch jetzt nicht für berufen, ihrerseits der dem Bunde obliegenden Entscheidung über die Erbfolgefrage vorzugreifen, obwohl sie die Ansprüche des Prinzen Friedrich von Augustenburg auf die Erbfolge in Holstein für rechtlich begründet erachtet und bereit ist, mit allen Kräften für den Schutz aller Rechte einzustehen, deren Wahrung dem deutschen Bunde unter den gegenwärtigen Verhältnissen obliegt.

Wie sich daher die königl. Regierung in dieser Beziehung ihrer Stellung im Bunde wohl bewußt ist, so hält sie sich auch für verpflichtet, ihrerseits darauf hinzuwirken, daß nunmehr die Frage der Erbfolge in den deutschen Herzogthümern unverweilt vom Bunde geprüft und entschieden werde, da, wie bereits angedeutet, von der Lösung dieser Frage nicht blos die Führung der suspendirten Stimme für Holstein-Lauenburg abhängt, sondern sich erst nach deren Entscheidung bestimmen lassen wird, welche verschiedene Rechte hier zu wahren dem Bunde obliegt, und welche Mittel derselbe zu dem Schutze und der Geltendmachung dieser Rechte zu ergreifen hat?

Aus dieser Erwägung stellt die königl. Regierung den Antrag:

„„Hohe Bundesversammlung wolle den Ausschuß für die holstein-lauenburgische Verfassungs-Angelegenheit beauftragen, ohne weiteren Verzug die Frage der Erbfolge in den deutschen Herzogthümern eingehend zu prüfen und mit der der Dringlichkeit dieser Angelegenheit entsprechenden möglichsten Beschleunigung das Ergebniß dieser Prüfung der Bundesversammlung vorzutragen.""

Die „Weimarische Zeitung" berichtet über die Abstimmung über diesen Antrag noch Folgendes: „Von den Großmächten wurde die Ansicht ausgesprochen, dieser Antrag möge zunächst dem schleswig-holsteinschen Ausschuß zur Beschleunigung seines Vortrages über die bereits vorliegenden Anträge in der Erbfolgefrage überwiesen werden. Gegen diese Ansicht sprachen sich die Vertreter der übrigen Regierungen aus und befürworteten sofortige Abstimmung über den Antrag der bairischen Regierung. Gegen denselben stimmten außer den Großmächten noch der niederländische und der mecklenburgische Gesandte, so daß der baierische Antrag mit einer Majorität von 8 Stimmen zum Beschluß erhoben wurde, nachdem seinerseits Herr v. d. Pfordten von der anfänglich beantragten Frist von acht Tagen, binnen welcher der Bericht zu erstatten sei, Abstand genommen."

Ueber die gestrige Bundestagssitzung wird der „Nat.-Ztg." aus Frankfurt a. M. geschrieben: „Die Bundesversammlung trat abermals zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in welcher zunächst ein Antrag vom Großherzogthum Hessen zum Vortrag kam, welcher zum Zwecke der Sicherung der Rechte des Bundes auf die sofortige Occupation Schleswigs dringt. Ein gemeinschaftlicher Antrag von Oesterreich und Preußen geht dahin, Dänemark zur Zurücknahme der auf die Incorporation Schleswigs gerichteten Anordnungen aufzufordern, und stellt der Bundesversammlung anheim, eventuell weitere Maßregeln in Aussicht zu nehmen, stets unter Vorbehalt der Erbfolgefrage. Beide Anträge wurden den Ausschüssen zugewiesen. — Hierauf kam eine englische Note zur Vorlage, welcher der londoner Vertrag von 1852 beilag. — Berichte der Civilcommissaire und des Generallieutenants v. Hake über die jüngsten Vorgänge, welche schließlich zur Verlesung kamen, wurden von der Versammlung gutgeheißen."

Es ist ersichtlich, daß Preußen und Oesterreich den Bund in Beziehung auf Schleswig nur soweit engagiren wollen, daß er den Druck in Betreff der Aufhebung der Verfassung vom 18. November verstärken soll. Giebt man in Kopenhagen nur darin nach, stellt man nur den status quo vor jenem Tage, d. h. einen Zustand her, unter welchem Schleswig seit 13 Jahren die furchtbarsten Drangsale erlitten hat, so würde dann die Bahn für die europäischen Verhandlungen geöffnet sein. Für diese ist fortwährend in erster Linie England thätig, welches einen Vertreter des Bundes zulassen und damit denselben in die Erbschaft des londoner Vertrages hineinziehen will. Die französische Regierung würde vielleicht ihre bisherige kühle Haltung aufgeben, wenn die beabsichtigte Conferenz in Paris stattfände, und so irgend ein Surrogat für den gescheiterten Congreß böte.

München, 29. Dez. [Das Vereinsgesetz und Schleswig-Holstein.] Eine Ministerial-Entschließung veröffentlicht folgende Erläuterung zum Vereinsgesetz: Nach dem Vereinsgesetze können die Hilfsvereine in Baiern mit dem Centralausschusse in Frankfurt nicht in Verbindung treten. Den Vereinen dürfen aber innerhalb der Schranken des Gesetzes keinerlei Hemmnisse bereitet werden, sowohl in Bezug auf die Geldverwendung als überhaupt bei Förderung jener großen National-Angelegenheit, bezüglich welcher die baierische Regierung und das baierische Volk in lebhaften Sympathien sich begegnen.

In Sachen Schleswig-Holsteins.

[Das Schreiben des Herzogs v. Augustenburg an den Kaiser Napoleon] lautet wie folgt:

Sire!

Da ich nach dem Ableben Sr. hochseligen Majestät des Königs Friedrich VII. von der Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein Besitz ergriffen habe, wie mir das durch meine Eigenschaft als rechtmäßiger Erbe geboten war, so wage ich es, der hohen Gerechtigkeit Ew. Majestät einige Bemerkungen in Bezug auf die Rechte zu machen, die zu beanspruchen ich im Namen meines Hauses und noch weit mehr im Namen meines Landes verpflichtet bin.

Keinenfalls werden die wesentlichen Punkte dieser wichtigen Frage dem Scharfblicke Ew. Majestät entgangen sein; allein der Parteigeist und die Leidenschaften, welche durch Interessen erregt wurden, die der Rechtsfrage fremd sind, haben so viel dazu beigetragen, diese an und für sich so einfache Sache zu verdunkeln, daß Ew. Majestät hoffentlich den Drang verzeihen wird, der mich veranlaßt, in diesem Briefe kurzgefaßt an die Grundlagen zu erinnern, denen gemäß sie, meiner Ansicht nach, gelöst werden müßte. Gerecht vor Gott, würde die Sache, zu deren Vertheidigung ich berufen bin, den Spruch keines unparteiischen Gerichtshofes zu scheuen haben. Eine vorurtheilsfreie Prüfung genügt.

Möge man selbst von jeder Sympathie absehen, welche die unglückliche Lage meines Landes einflößen könnte; wir verlangen Angesichts des Himmels nicht weiter, als eine streng unparteiische Prüfung unserer Rechte und Beschwerden. Und diese strenge, aber unparteiische und von jedem Vorurtheile unabhängige Prüfung wage ich vor Allem von Seiten Ew. Majestät, von jenem Geiste der hohen Gerechtigkeit, den Sie so häufig auf so hochherzige Weise bekundet haben, mit vollem Vertrauen zu hoffen.

Aber, Sire, indem ich mich darauf beschränke, Gerechtigkeit für mein Land zu verlangen, darf ich doch die Umstände nicht vergessen, die mir vornehmlich daraus eine Pflicht machen, und die ohne Zweifel in den Augen eines edelmüthigen Billigkeitsgefühles von großem Gewichte sein werden. In der Sache der Herzogthümer befindet sich das positive und historische Recht in Einklang mit den Wünschen ihrer zahlreichen und loyalen Bevölkerung, mit ihren theuersten und zugleich heiligsten Interessen, mit ihrem Nationalitätsgefühle. Niemals ist Ew. Majestät gleichgiltig gegen die Stimme der unterdrückten Völker gewesen; Europa ist Zeuge davon. Sire, Sie werden auch geneigtest Theilnahme an den Leiden und an dem ungerechten Drucke empfinden, wovon die Bewohner Schleswig-Holsteins betroffen wurden, weil sie den Ueberlieferungen ihres Landes und der Sprache und den Sitten ihrer Väter treu bleiben wollten. Von mir, von dem Erfolge meiner Reclamationen erwarten sie das Ende ihrer Leiden, und ich wage es zu sagen, gerade deshalb, gerade wegen dieser Hoffnungen kann ich mich nicht der Pflicht entziehen, die mir übertragenen erblichen Rechte geltend zu machen.

Uebrigens kann man sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß die so vielfach besprochene Frage wegen der Herzogthümer gegenwärtig in mehr als einer Hinsicht eine Tragweite hat, welche weit über die unmittelbar ins Spiel kommenden materiellen Interessen hinausgeht. Sie erregt ein lebhaftes und leidenschaftliches Interesse, kurz, ein solches, welches sehr ernste Folgen herbeiführen könnte, wenn man die Wirkungen nicht nach ihrem wahren Werthe schätzte. Ganz Deutschland ist in Bewegung. Man braucht nur

einen Blick auf alle deutschen Länder vom Ufer des Rheines bis zum Strande der Ostsee zu werfen, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß die Gemüther dort niemals befriedigt sein, daß der öffentliche Friede und die öffentliche Ruhe daselbst niemals auf fester Grundlage ruhen werden, kurz, daß der Herd der Revolutionen daselbst niemals erlöschen wird, so lange nicht die Frage in Betreff der Herzogthümer in Einklang mit den Geboten der Billigkeit und den Interessen der Nationalität gelöf't, so lange nicht dieses Land der Herrschaft des Fremden entrissen und seinem rechtmäßigen Herrscher zurückgegeben ist. Man darf sich darüber nicht täuschen, daß jeder im entgegengesetzten Sinne gefaßte Beschluß in den Augen von 40 Millionen Deutschen je etwas Anderes als ein blos provisorischer sein würde. Selbst wenn man versuchen wollte, einen solchen Beschluß mit den feierlichsten Formen zu bekleiden, so würde er in den Augen der Nation doch nie etwas Anderes sein, als ein von Neuem zu beginnender Kampf. Es ist ohne Zweifel überflüssig, sich über die Gefahren einer solchen Lage weiter auszulassen, sie liegen nur zu klar auf der Hand.

Und sollte es demjenigen, welcher im Namen eines aus so viel Gründen ehrwürdigen und heiligen Rechtes und im Namen der wichtigen Interessen, deren Obhut ihm das Geschick anvertraut hat, nicht gestattet sein, zu glauben, daß er den Absichten Ew. Majestät gemäß handelt, und daß das Schicksal ihm die Gelegenheit bietet, die edlen Bestrebungen zu unterstützen, wofür Europa Ihnen zu Danke verpflichtet ist? Diese hochherzigen Bestrebungen, welche zum Zwecke haben, den Interessen der Nationalitäten gerecht zu werden, indem sie den Gefahren vorbeugen, die ihre Reclamationen in sich bergen, so wie beredte Worte haben dies neulich vor ganz Europa verkündet.

Indem ich die Rechtsfrage vertrauensvoll dem erleuchteten Urtheil Ew. Majestät vorlege, wage ich, Sire, mich der Hoffnung hinzugeben, daß die mir anvertraute edle Sache ihre beste Unterstützung in den erhabenen Ansichten und hochherzigen Gefühlen, welche Sie beseelen, finden wird.

Indem ich einen Rückblick auf mein vergangenes Leben werfe, finde ich daselbst schmerzliche Erinnerungen. Auch ich habe gegen ein feindliches Geschick zu kämpfen gehabt; auch ich habe peinliche Widerwärtigkeiten zu erdulden gehabt, und wenn eine Aeußerung des Stolzes mir gestattet wäre, so würde ich hinzufügen: Auch ich habe niemals den Muth verloren, auch ich bin niemals der Hoffnung und noch weniger meiner Pflicht untreu geworden. Möge die Vorsehung auch mir unter weit bescheideneren Verhältnissen denselben glücklichen Erfolg verleihen, wie einer der erlauchtesten Herrscher Europa's und eine der mächtigsten Kronen in der Welt ein Beispiel davon bieten!

Wenn ich der schönen Tage gedenke, die mir in Frankreich am Hofe Ew. Majestät zu verleben vergönnt war, als ich mich dorthin begeben hatte, um Ihnen die Gesinnung, die ich Ihnen in so vielen Beziehungen schulde, als Huldigung darzubringen: tritt die Erinnerung an das großmüthige Interesse, das Ew. Majestät mir zu bezeigen so freundlich gewesen, an die wohlwollenden Worte, welche Sie mir die Ehre erwiesen, an mich zu richten, lebendig vor meine Seele; dabei zu verweilen, ist für mich ein süßes Gefühl, und diese schöne Erinnerung scheint mir Bürge der Zukunft zu sein.

Ich erwarte jetzt ohne Besorgniß die Entscheidung, welche Ew. Majestät in Bezug auf meine gute und gerechte Sache zu treffen die Güte haben werden; vertrauensvoll wage ich zu hoffen, daß Sie nimmermehr einen Rechtsanspruch verwerfen werden, dessen Legitimität nicht in Zweifel gezogen werden kann, daß Sie im Gegentheil meine Reclamationen mit hochherzigem Wohlwollen aufzunehmen und denselben die mächtige Unterstützung der Stimme Frankreichs zu gewähren geruhen werden.

Ich habe die Ehre zu sein 2c.

Gotha, den 2. Dezember 1863. (gez.) Friedrich.

Kiel, 29. Dez. Endlich hat die Stunde der Befreiung geschlagen. Seit heute um 12 Uhr sind die Dänen fort, welche den ganzen Vormittag an verschiedenen Punkten der Stadt marschbereit gestanden hatten. Bis zum letzten Augenblick blieben sie; dennoch nützte es ihnen nichts, die angekommenen Bundestruppen warteten innerhalb des Bahnhofes und vor der Stadt, bis in verabredeter Weise Korporationen und Gewerke mit Fahnen und Emblemen sich gesammelt hatten, um die Befreier festlich in die Stadt zu führen. Die Bundes-Commissare waren selbst hierher gekommen und fuhren mit im Festzuge. Dieser war endlos, und als er endlich auf dem Markte sich gesammelt hatte, da begrüßte ein Mitglied des Empfangscomite's die Befreier und brachte ein Hoch dem deutschen Vaterlande. Vom Rathhause herab dankte der Bundescommissar, Herr v. Könneritz, mit warmen Worten und schloß mit einem Hoch auf Kiel, die Universitätsstadt Kiel. Die Herren Bundescommissare begaben sich darauf in ihr Hotel, und vor versammelter Stadtgemeinde verkündete dann der stellvertretende Bürgermeister, Herr Senator Thomsen, daß Rath und Bürgerschaft Herzog Friedrich VIII. anerkannt haben als Herzog von Schleswig-Holstein und daß bereits eine Deputation mit einer Adresse an den Herzog abgegangen sei. Mit lautem Ja! bekannten sich die Tausende zu ihrem rechtmäßigen Fürsten, die jubelnd geschwenkten Hüte wurden immer auf's Neue erhoben, das brausende Hoch wollte nicht enden. Es war ein gewaltiger Moment! Denn nach jahrelanger Knechtschaft hatte die erste Stunde der Freiheit geschlagen. Aus tiefem Herzen erscholl darum der Choral: „Nun danket alle Gott" und brausend erklang „Schleswig-Holstein", das noch fort und fort durch alle Gassen ertönt, nachdem wir es seit vielen Jahren nicht durften laut werden lassen. Wer es nie erfahren hat, was es heißt, unter der Herrschaft eines übermüthigen fremden Volkes stehen, der vermag unsere Gefühle am heutigen Tage nicht zu ermessen. Uns steht gewiß noch Schweres bevor, ehe unser gutes Recht ganz gesichert ist, ehe unser Landesherr in Ruhe bei uns seinen Herrscherpflichten wird obliegen können. Aber ein freudiger Anfang ist gemacht, und was kommen mag: mit dem Muth der gerechten Sache gehen wir ihm entgegen! (H. N.)

Rendsburg, 27. Dezbr. Man war vorgestern, wie gemeldet, militärischerseits mit dem Abbrechen beider Pallisadenreihen beschäftigt und mit der nördlicheren ganz, dagegen mit der südlicheren nur theilweise fertig geworden. Da geschah es gestern Morgen, daß man die ausgerissenen Pfähle heranfuhr und die letztgenannte Pallisadenlinie wieder restaurirte und vollendete; es ist aber die zweite Reihe nicht wiederhergestellt worden. Man spricht nun von Mißverständniß der Telegramme; gleichviel! es geht aus andern Anzeichen hervor, daß hier an Widerstand kaum mehr gedacht wird. — Von Friedrichstadt verlautet, daß der jenseitige Brückenkopf desarmirt und — wieder armirt worden sein soll; wir können hierüber jedoch nichts verbürgen. (Officiellen Nachrichten zufolge soll der Brückenkopf geräumt werden. D. R.) Man sieht in allem das Spiegelbild der augenblicklich in Kopenhagen stattfindenden Schwankungen; die dortige Bewegung und Gegenströmung vibrirt bis an die äußersten Punkte des beherrschten Gebietes nach. — Sicherem Vernehmen nach ist jetzt die Zollinie nach dem Kronwerk, also außerhalb der Stadt verlegt. — Gestern traf das 5te Infanterie-Regiment aus Schleswig hier ein und heute wird das 7te ebendaher erwartet. Auch soll das Divisionscommando aus Neumünster (General Steinmann) heute hier anlangen. Diesen Morgen ist das 1. Bataillon abgegangen, wie man meint nach Cluvensiek. Auch die zuletzt eingetroffenen Truppenkörper werden hier wahrscheinlich nur noch kurz verweilen.

Frankreich.

Paris, 28. Dez. [Italien. — Der Kaiser erzürnt über Oesterreich. — Parlamentarisches. — Gegen die Presse.] Auch der „Temps" meldet heute, daß die turiner Regierung auf's Bestimmteste versichert, sie werde gegen Oesterreich nicht angreifend vorgehen. Dieses hat so halb und halb seine Richtigkeit. Nun handelt es sich aber gar nicht um einen officiellen Angriff gegen Oesterreich, sondern einfach um eine Schilderhebung der Italiener gegen die Fremden. Das Drama soll mit einem Aufstande im Venetianischen beginnen, wo seitens der unter Mazzini's Oberleitung stehenden Actions-Partei alle Voranstalten dazu getroffen sind. Die Agitation in Ungarn steht damit in Verbindung. Daß das turiner Cabinet jedenfalls neutral bleiben will, beweist die Demission Garibaldi's, der dieselbe nur gab, um einer jeden officiellen Beziehung bar und ledig zu sein. — Mehrere hier lebende Chefs der ungarischen Emigration haben Paris plötzlich verlassen. — Der Kaiser soll sich nicht gerade in den freundlichsten Ausdrücken zum sonst so gern gesehenen Fürsten Metternich über die „verrätherische" Haltung Oesterreichs dem Congreßgedanken gegenüber geäußert haben. In politischen Kreisen war dieses Factum heute das Gespräch des Tages, und man verfehlte natürlich nicht, den Kaiser mit Kossuth und der geheimen ungarischen National-Regierung in Zusammenhang zu bringen. — Auf der anderen Seite wollen die Herren Havin und Gueroult, nicht weil, sondern obgleich sie eine Niederlage jüngst erst, wenn auch nur moralisch, erlitten haben, ihr Spiel nicht so leicht verloren geben. Sie haben ein Amendement zur Adresse entworfen, in dem sie sagen, es sei die Pflicht Frankreichs, die unglückliche polnische Nation mit etwas mehr, als mit bloßen Klagen und Ausrufungen zu unterstützen. Es gelang den Herren, auch noch andere Deputirte, wie den Herzog von Marmier, Eugene Pelletan und Glais-Bizoin, zur Unterzeichnung dieses Amendements zu bewegen. Von Erfolg wird dieser Schachzug vorerst schwerlich sein, wenn sich bis dahin die Taktik der Regierung nicht ändert, aber man darf annehmen, daß die Urheber des Vorschlages dadurch sich nur gewissermaßen in der öffentlichen Meinung zu rehabilitiren Willens sind. Was die Regierung betrifft, so scheinen — wenn alle Anzeichen nicht trügen — Maßregeln getroffen worden zu sein, um den Wiedereintritt Persigny's ins Ministerium, als Minister des kaiserlichen Hauses, zu ermöglichen. Der Kaiser selbst zeigt sich immer noch sehr unzufrieden über die Haltung der Journale, und die „France" z. B. hat die stricte Ordre erhalten, ihren etwas zu weit gehenden Freimuth — der besonders gegen den Quartalswechsel hin sichtbar wurde — gehörig zu zügeln.

Großbritannien.

London, 28. Dez. [Verlegenheit in Wien. — Oesterreichische Wechsel.] Dem wiener Hofe wird es wieder angst und bange; denn daß seine treuen Völker sich wieder einmal erlauben werden, die Centralisationsversuche der letzten Jahre durch Erhebungen gegen das väterliche Regiment zu illustriren, steht sehr zu befürchten. Die Mittheilung des „Memorial diplomatique", Erzherzog Maximilian habe vor, schon in einigen Wochen nach Mexico abzureisen, um den ihm angebotenen Thron zu besteigen, hat wohl auch keinen anderen Sinn, als daß man Frankreich sich angenehm zu machen suche. In Paris täuschen diese Verheißungen keineswegs; aber sie kommen in diesem Augenblicke gerade gelegen, und es wird bequem sein, vor dem gesetzgebenden Körper während der Adreß-Debatte mit dieser Aussicht großthun zu können. — Seit einiger Zeit kommen in Paris und hier sehr viele österreichische Wechsel zum Vorschein, welche die Brieftaschen der Banquiers füllen und das Geld wieder seltener machen dürften. Die österreichische Regierung hatte die vom Reichsrath votirte Anleihe von 60 Millionen mit pariser und londoner Bankhäusern abgeschlossen, da sie aber das Anlehen jetzt noch nicht ausgeben will, so macht sie sich durch dreimonatliche Tratten auf hiesige und pariser Häuser Geld. In Paris haben diese Tratten gemünztes Geld wieder rar gemacht. (K. Z.)

Amerika.

Newyork, 16. Dez. [Anleihe in den Südstaaten.] Der Schatzkanzler in Richmond entwirft in seinem Jahresberichte ein trauriges Bild von den finanziellen Zuständen der conföderirten Staaten, und beantragt zur Besserung derselben eine schleunige Reduction des Papiergeldes von 700 auf 200 Millionen vermittelst zwangweiser Fundirung der betreffenden 500 Millionen in 6prozentige, binnen 20 Jahren in Metall einzulösende Schatzbons. Zu diesem und ähnlichem Zwecke schlägt er eine Anleihe von 1000 Million vor, deren Zinsen in Metall ausbezahlt werden sollen. Dann aber würde die Regierung Garantien (?) geben, daß nicht mehr als für 200 Millionen Papiergeld in Umlauf gesetzt werden sollen. Er beantragt ferner eine 5prozentige Eigenthumssteuer, die in Metall zu entrichten wäre, und erklärt, ohne derartige Hilfsmittel müsse der Staat unterliegen. Im richmonder Senate war Präsident Davis durch Senator Foote heftig angegriffen worden, ihm allein sei die unglückliche Wendung auf dem Kriegsschauplatze zuzuschreiben.

Asien.

Japan. [Ueber die Lage] schreibt der „Moniteur de l'Armée" aus Yokohama vom 28. October Folgendes: Die Lage hat sich im Allgemeinen etwas gebessert. Mit jedem Tage mehrte sich der Einfluß des Taikun und schwand der des Mikado. Um seiner Regierung ein größeres Ansehen zu geben, hat der weltliche Herrscher einen Großrath abgehalten, zu dem er mehrere der seit kurzer Zeit seiner Politik anhängenden Daimios eingeladen hatte. Diese Versammlung hatte sich einstimmig für die Fortsetzung der guten Beziehungen mit den Europäern ausgesprochen. Ihr Beschluß hat ein um so größeres Gewicht, als der Mikado vor zwei Monaten den Fremdlingen officiell den Krieg erklären lassen wollte, allein mit seinem Vorhaben nicht durchdrang. Die von dem Taikun ergriffene Maßregel wird seine Autorität befestigen, und es scheint dieselbe nur der erste Schritt zu einer weit wichtigeren Maßregel zu sein, indem man behauptet, er gehe mit dem Project einer Verfassung um, die, obgleich noch sehr unförmlich, eine neue Aera für Japan eröffnen würde.

Breslau, 30. Dez. [Wollbericht.] Der Geschäftsgang war im abgelaufenen Monate sehr schleppend; es wurden im Ganzen ca. 3300 Centner an inländische Fabrikanten, hiesige Commissionshäuser und nach Oesterreich verkauft. In Kammwollen fand kein Umsatz statt, da die Spinnereien dem Geschäft ganz fern blieben.

Die Preise haben gegen die des November um einige Thaler pro Ctr. nachgegeben, und bleibt bei dem ansehnlichen Bestande in allen Wollgattungen große Verkaufslust vorherrschend.

Wir schätzen unser Lager beim Jahresschluß auf circa 40,000 Ctr.

Die Handelskammer. Commission für Wollberichte.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter
Breslau, 30. Dez. 10 U. Ab.	332,06	—3,8	N. 1.	Heiter.
31. Dezbr. 6 U. Mrg.	332,93	—7,8	NW. 1.	Ueberwölkt.

Breslau, 31. Dez. [Wasserstand.] O.-P. 14 F. — 3. U.-P. — F. 9 3. Eisstand.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 30. Dez., Nachm. 3 Uhr. Das Geschäft war heute stockend. Die Rente eröffnete ziemlich matt zu 66, 30, hob sich auf 66, 35 und schloß zu diesem Course unbelebt. Auch in den übrigen Werthpapieren war das Geschäft träge. Consols von Mittags 12 Uhr waren 91⅝ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 66, 35. Italien. 5proz. Rente 71, 55. Ital. neueste Anl. —. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 401, 25. Credit-MobilierAktien 1033, 75. Lomb. Eisenb.-Aktien 520, —.

London, 30. Dez., Nachm. 3 Uhr. Consols 91⅛. 1proz. Spanier 47¾. Merik. 37½. 5proz. Russen 92. Neue Russen 89. Sardinier 85⅞.

Der Dampfer „Shannon" ist mit 3,319,261 Dollars, wovon 88,133 Doll. für merikanische Dividende, aus Westindien in Southampton eingetroffen.

München, 30. Dezbr. Die Hypotheken-Wechselbank hat die Dividenden des zweiten Semesters auf 22 Gulden festgesetzt.

Wien, 30. Dez., Nachm. 12½ Uhr. Für Devisen keine Kauflust. 5proz. Metalliques 72, 50. 4½proz. Metalliques 64, 25. 1854er Loose 92, —. Bank-Aktien 783, —. Nordbahn 173, 30. National-Anlehen 79, 90. Credit-Aktien 183, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 186, 50. London 117, 80. Hamburg 89, 25. Paris 46, 55. Gold —. Böhmische Westbahn 154, 50. Neue Loose 141, —. 1860er Loose 92 85. Lomb. Eisenbahn 249, —.

Frankfurt a. M., 30. Dez., Nachm. 2½ Uhr. Anfangs höher, waren österreich. Effekten im Laufe des Geschäfts rückgängig. Die Ultimo-Regulirung geht leicht von statten. Böhm. Westb. —. Finnländ. Anl. 85. Schluß-Course: Ludwigsh.-Berbach 139⅞. Wiener Wechsel 97⅛ B. Darmst. Bank-Aktien 215½ B. Darmst. Zettel-Bank 248½. 5proz. Metalliques 58½. 4½proz. Metall. 52. 1854er Loose 75½ B. Oesterr. National-Anleihe 64½. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 185. Oesterr. Bankantheile 777 B. Oesterreich. Credit-Aktien 178. Neueste österreich. Anleihe 77⅞. Oesterr. Elisabetbahn 109. Rhein-Nahebahn 25¼ B. Hessische Ludwigsbahn 123½.

Hamburg, 30. Dezbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Anfangs fest, später besonderes in Folge niedrigerer frankfurter Notirungen flau. Wetter schön. Schluß-Course: National-Anleihe —. Oesterreich. Credit-Aktien 76¼. Vereinsbank 104¼. Norddeutsche Bank 103¼. Rheinische 95¼. Nordbahn 54½. Disconto 5.

Hamburg, 30. Dez. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen flau und geschäftslos. Oel stille, loco und pr. Dezbr. 23¼, pr. Mai 21⅛. Kaffee. Die Rio-Depesche hatte einen günstigen Eindruck gemacht; Inhaber schwerfälliger. Vorraih 11½ Millionen Pfund. Zink ohne Umsatz, Inhaber zurückhaltend.

Liverpool, 30. Dez. [Baumwolle.] 10,000 Ballen Umsatz. Preise unverändert.

London, 30. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Getreidemarkt fast unthätig. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 30. Dezember. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert, stille. Roggen Termine etwas flauer, sonst unverändert, stille. Raps, April 69½, Oktober 68½. Rüböl Mai 38¾, Herbst 38½.

Berlin, 30. Dezbr. Die Nachricht von der definitiven Entlassung des dänischen Cabinets, verbunden mit der verbreiteten Anschauung, daß der dänische Conflict seiner Lösung durch eine Conferenz entgegengeführt werden wird, hatte die Börse heute günstiger gestimmt. Die Liquidation beherrschte zwar das Geschäft in noch höherem Grade als gestern und vorgestern, sie wurde jedoch durch größere Geldflüssigkeit und zugleich geringern Mangel an Stücken wesentlich gefördert. Die Deports stellten sich, obwohl je nach Umständen die Sätze sich sehr verschiedenartig gestalteten, doch im Ganzen mäßiger. Der Umsatz in Speculationspapieren, so weit er durch die Regulirung nicht bestimmt wurde, war beschränkt; der von uns schon oft angedeutete Einfluß des nahen Zinstermins machte sich jedoch bei inländischen Effecten, den Eisenbahnactien und Staatspapieren, in einem stärkeren Anziehen des Courses, hin und wieder auch in einem regeren Comptantverkehr, bemerkbar. Der Schluß der Börse war besonders für österreichische Effecten matter. — Disconto blieb 4¼. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 30. Dezember 1863.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anl. . .	4½	100 bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103¾ bz.
dito 1850. 52	4	94½ bz.
dito 1854	4½	100 bz.
dito 1855	4½	100 bz.
dito 1856	4½	100 bz.
dito 1857	4½	100 bz.
dito 1859	4½	100 bz.
dito 1853	4	94½ G.
Staats-Schuldscheine	3½	87⅞ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	119¾ bz.
Berliner Stadt-Obl. .	4½	99⅞ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	87¼ bz.
Pommersche. . . .	3½	87 G.
Posensche	4	103¼ bz.
dito	3½	— — —
dito neue.	4	94 bz.
Schlesische.	3½	92¾ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96 bz.
Pommersche. . . .	4	96 bz.
Posensche	4	93¾ G.
Preussische.	4	95 B
Westph. u. Rhein.	4	96¼ bz.
Sächsische.	4	97 bz.
Schlesische	4	97 G.

Louisd'or 110⅛ G.	Oest. Bankn. 83⅞ bz.
Goldkronen 9.6⅛ B.	Poln. Bankn. — — —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metalliques.	5	61½ bz.
dito Nat.-Anl. . .	5	67¼ à 67 bz u G.
dito Lott.-A. v. 60	5	78⅛, ⅜ u ¼ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	77 B.
dito Eisenb.-L. .	—	79¼ etw. bz. u. B.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	88 bz.
dito 4½% Anl. . . .	4½	— — —
dito Poln. Sch.-Ob.	4	71½ B.
Poln. Pfandbr.	4	— — —
dito III. Em.	4	81½ bz u. G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	85¼ G.
dito à 300 Fl.	5	88½ etw. bz.
dito à 200 Fl.	—	— —
Kurhess. 40 Thlr. . . .	—	53 G.
Baden. 35 Fl. Loose.	—	30 G.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märkische	4½	—
dito II.	4½	98 B.
dito IV.	4½	96 G
dito III. v. St. 3½ g.	3½	79¼ bz.
Cöln-Minden.	4½	101 G.
dito II.	5	102½ G.
dito	4	93½ bz.
dito III.	4	— — —
dito	4½	98 bz.
dito IV.	4	88¾ à 89 bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	86¾ G.
dito III.	4½	87½ bz.
Niederschl. Märk. . .	4	94¾ G.
dito conv.	4	94¾ G.
dito III.	4	— — —
dito IV.	4½	98¾ G.
Niederschl. Zweigb. . Litt. C.	5	99¼ G.
Oberschles. A.	4	— —
dito B.	3½	82 G.
dito C. u. D.	4	92⅝ bz.
dito E.	3½	81 bz.
dito F.	4½	99¼ G.
Oest. Franz.	3	247 bz u. B
Oest. südl. St.-B. . . .	3	252 etw. bz. u. B.
Rhein. v. St. gar. . . .	4½	— — —
Rhein.-Nahe-B. gar. .	4½	99½ à 99 bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	Cours
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	92 bz.
Aachen-Mastrich	—		4	25½ bz.
Amsterd.-Rottd.	5 1/15	6	4	104½ bz.
Berg.-Märkische	6½	6½	4	107 bz.
Berlin-Anhalt. . .	8¼	8½	4	155¾ bz.
Berlin-Hamburg	6	6¼	4	120 G.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	187 bz.
Berlin-Stettin. . .	7 1/12	7 5/12	4	127½ G.
Böhm. Westb. . .		—	5	65 bz.
Breslau-Freib. . .	6⅞	8	4	132 bz.
Cöln-Minden. . . .	12¼	12⅝	3½	177 bz.
Cosel-Oderberg.	—	½	4	49¾ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	— —
dito dito	—	—	5	— — —
Ludwgsh.-Bexb.	8	9	4	140 G.
Magd.-Halberst.	22½	25½	4	290 G.
Magd.-Leipzig. . .	17	17	4	— — — [bz.
Magd.-Wittenbg.	1⅙	1 1/24	4	64½ A. etw., 65m
Mainz-Ludwgsh.	7	7½	4	124 bz.
Mecklenburger. .	2⅞	2⅓	4	61 etw. bz.
Neisse-Brieger. .	3½	4⅔	4	83 bz.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	95¼ bz.
Niedrschl. Zwgb.	1½	2 11/12	4	60 B
Nord., Fr.-Wilh.	3	3½	4	55¾ etw bz.
Oberschles. A. . .	7 2/15	10 1/11	3½	151 bz.
dito B. . .	7 2/15	10 1/11	3½	142½ G.
dito C. . .	7 2/15	10 1/11	3½	154 bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6 1/10	—	5	104¾ à 105 bz.
Oestr. südl. St.-B.	[illegible]	—	5	138½ à ¾ bz.
Oppeln-Tarn. . . .	⅜	2⅛	4	54 B.
Rheinische.	5	6	4	96¾ bz.
dito Stamm-Pr.	5	6	4	106 bz.
Rhein-Nahebahn	—	—	4	29⅝ bz.
Rhr. Crf. K. Gldb.	3 1/11	4½	3½	97 bz.
Stargard-Posen .	4	6	3½	98¼ bz.
Thüringer	6⅔	7⅔	4	124 bz.

Bank und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	5 1/15	5 1/15	4	116 B.
Braunschw. B. . .	4	4	4	65 bz.
Bremer Bank. . .	5⅛	4	4	104⅜ G.
Danziger Bank	6	6	4	98 G.
Darmst. Zettelb.	8⅛	9	4	99½ G.
Geraer Bank . . .	5¾	7⅛	4	86½ G.
Gothaer „	4½	5½	4	92 G.
Hannoversche B.	4½	5	4	97 B
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	102¼ etw. bz.
„ Vereins-B.	5 1/15	6 1/24	4	103½ G.
Königsberger B.	5⅛	5½	4	100 bz. u. G.
Luxemburger B.	10	10	4	106 B.
Magdeburger B.	3 1/10	4 1/15	4	89 G.
Posener Bank . .	5 1/15	5 1/15	4	92½ etw bz.
Preuss. Bank-A.	4 7/12	6 1/20	4½	123½ bz.
Thüringer Bank	2⅝	3	4	69 B
Weimar „	4	5	4	87 etw. bz u G.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	107 bz u. G.
Coburg. Credb. A.	3	8	4	91 G.
Darmstädter „	5	6½	4	86 à 86¼ bz.
Dessauer „			4	2¾ bz u G.
Disc.-Com.-Ant. .	6	7½	4	96⅞ bz
Genfer Credb. A.	2	3½	4	48¼ à 48 à 48⅛ bz.
Leipziger „	3	3	4	72 B.
Meininger „	6	7	4	93¾ bz u. B.
Moldauer Lds.-B.	—	2 1/12	4	29¼ etw. bz.
Oesterr. Credb. A.	7¾	8½	5	77⅛ à 76⅝ bz. u B.
Schl. Bank-Ver.	6	6	4	103 B.
Minerva	—	—	4	20⅛ B.
Fbr. v. Eisenbbdf.	—	—	4	100½ etw. à 101 bz.

Breslau, 31. Dezbr. Wind: Nord. Wetter: nach starkem Schneefall, angenehm, jedoch Thermometer Früh 7° Kälte. Bei stillem Geschäftsverkehr und vorherrschend matter Stimmung Preise kaum behauptet.

Weizen wenig beachtet, pr. 84 Pfd. weißer 52—67 Sgr., gelber 52—59 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen ruhiger, pr. 84 Pfd. 39—42 Sgr., feinster bis 43 Sgr. — Gerste schwer verkäuflich, pr. 70 Pfd. weiße 35—37 Sgr., gewöhnliche 30—34 Sgr. — Hafer fest, pr. 50 Pfd. 27—29 Sgr. — Erbsen wenig beachtet. — Wicken schwach beachtet. — Schlesische Bohnen still. — Schlagalein vernachlässigt. — Oelsaaten matt. — Rapskuchen wenig gefragt, 48—52 Sgr. pr. Ctr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	53—62—67	Wicken	45—47—50
Gelber Weizen	52—56—60		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	39—41—43	Schlag-Leinsaat	150—165—185
Gerste	30—33—37	Winter-Raps	180—190—201
Hafer	26—28—30	Winter-Rübsen	170—180—190
Erbsen	44—48—52	Sommer-Rübsen . . .	145—155—165

Kleesaat ruhiges Geschäft bei festen Preisen, — rothe ordinäre 10⅚ bis 11⅙ Thlr., mittle 11⅚—12¾ Thlr., feine 13—13¾ Thlr., hochfeine bis 14 Thlr., — weiße ordinäre 10—12¾ Thlr., mittle 13¾—15¾ Thlr., feine 16¾—17¾ Thlr., hochfeine 18—19 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee fehlt, 6—8 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 26—36 Sgr., Metze 1¼—1¾ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 10⅚ Thlr., Dezember 10¾ Thlr., Frühjahr 10⅚ Thlr. Brief. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco und Dezember 13⅚ Thlr., pr. Frühjahr 14 1/12 Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.

Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.